

# Wunsch der EU: Kein Netz für Stromerzeuger

Die EU-Kommission hat im Jänner ihre Vorstellungen für die künftige EU-Energiepolitik vorgestellt. Einer der heikelsten Vorschläge ist, die völlige eigentumsrechtliche Trennung zwischen Energieerzeugern und Netzbetreibern. Damit soll vor allem der Wettbewerb im Strommarkt angekurbelt werden.

Brüssel sieht darin auch die einzige Möglichkeit, allen Stromanbietern einen fairen Zugang zu den Übertragungsnetzen (Hochspannungsleitungen) zu garantieren. Die Ex-Monopolisten sollen gezwungen werden, ihre Netze zu verkaufen oder zumindest an unabhängige Betreiber abzugeben. Die bisherige Trennung in separate Gesellschaften ist aus Sicht

der Kommission zu wenig. Die Regulierungsbehörde ist auf den Zug aufgesprungen und versucht in der Öffentlichkeit mit irrationalen Preissenkungs-Möglichkeiten Stimmung zu machen. Seitens der EVUs wird diese

## Trennung macht Strom nicht billiger

eigentumsrechtliche Entflechtung für sachlich gefährlich gehalten. Für die Versorgungssicherheit sei eine integrierte, gemeinsame Kraftwerks- und Netzführung wichtig, ist die E-Wirtschaft überzeugt. Generaldirektor Leo Windtner, derzeit Sprecher der österreichischen Stromkonzerne, spricht von einem Wirtschaftsmärchen.

Stromkonzerne, die zum Verkauf gezwungen würden, würden quasi enteignet. Zudem habe es in Krisensituationen wie beim Sturm „Kyrill“ Vorteile, wenn in integrierten Unternehmen die Stäbe zusammenarbeiten. In Großbritannien beispielsweise sei das „legal unbundling“ exzessiv betrieben worden - dort sei der Strom nicht billiger geworden, aber die Versorgungssicherheit gesunken.

Auch der zuständige Wirtschaftsminister Martin Bartenstein bremst die Erwartungen und warnt vor einer Enteignung. Er schlägt weiterhin vor, alle Netze von Verbund und Ländern in eine gemeinsame Gesellschaft einzubringen.